

Einleitung

Michael Rudolph

Das Zustandekommen einer schwarz-grünen Landesregierung war nach der Landtagswahl 2013 auf den ersten Blick nicht unbedingt naheliegend. Hatten CDU und Bündnis 90/Die Grünen bis dahin doch vordergründig weniger Gemeinsames als Trennendes vorzuweisen. Auf den zweiten Blick jedoch ist ihre Annäherung – vor allem durch grundsätzliche Übereinstimmungen in der Bildungs- und in der Haushaltspolitik – nicht mehr ganz so überraschend. Die Bildungspolitik spielt insbesondere aufgrund der Zuständigkeit der Länder für den Schulbereich eine wichtige Rolle. Ein prinzipieller Konsens hier ist Voraussetzung für jede Regierungskoalition. Bei aller Unterschiedlichkeit, dieser Konsens bestand zwischen CDU und Grünen in Hessen schon vor der Wahl 2013. Sie waren sich etwa darin einig, dass die Wahlmöglichkeit zwischen acht- oder neun-jähriger Gymnasialzeit (G8 und G9) beibehalten werden muss. Und der Konsens in der Haushaltspolitik wurde durch die gemeinsam betriebene Verankerung der Schuldenbremse in die hessische Landesverfassung bereits im Jahr 2011 deutlich.

Der kurz vor Weihnachten 2013 von CDU und Bündnis 90/Die Grünen unterzeichnete Koalitionsvertrag für die Jahre 2014–2019 trägt den Titel »**Verlässlich gestalten – Perspektiven eröffnen**«. Er ist aufgrund der Schuldenbremse in der hessischen Landesverfassung und dem dazugehörigen Ausführungsgesetz durch einen hohen Konsolidierungsdruck gekennzeichnet. Da das strukturelle Defizit im hessischen Landeshaus-

halt bis zum Ende des laufenden Jahrzehnts abgebaut werden muss, fielen die vorgesehenen Spar- und Kürzungsbeschlüsse entsprechend umfangreich aus. Eine rigide Haushaltspolitik war in Hessen nicht neu. Die neue Landesregierung unter Ministerpräsident Volker Bouffier setzte nun insbesondere auf Einsparungen im Personalbereich. Im Mittelpunkt stand dabei die Beamtenbesoldung. Im Jahr 2015 war eine Nullrunde vorgesehen. Ab dem Jahr 2016 sollte die Besoldung bei einem Prozent per annum gedeckelt werden. Gegen diese Politik mobilisierten die Gewerkschaften des Öffentlichen Dienstes alsbald massive Proteste.

Im Jahr 2017 gab die Landesregierung diesen Kurs auf und übertrug das Anfang März 2017 erzielte Tarifiergebnis für die angestellten Landesbeschäftigten weitgehend dann auf die Beamtinnen und Beamten. Die Deckelung in den ersten Jahren der schwarz-grünen Landesregierung hat massiv dazu beigetragen, dass die Beamtenbesoldung in Hessen mit der Tarifentwicklung des verarbeitenden Gewerbes oder dem Öffentlichen Dienst im Allgemeinen längst nicht mehr Schritt hält. Eine schwere Hypothek mit Blick auf die zukünftige Fachkräftegewinnung im Wettbewerb mit anderen Bundesländern.

Die Abkehr von der im Koalitionsvertrag verkündeten Deckelung der Beamtenbesoldung ist einerseits ein Erfolg gewerkschaftlicher Gegenwehr. Andererseits muss sie aber auch vor dem Hintergrund der insgesamt unerwartet guten Konjunkturentwicklung in Deutschland in den Jahren nach der Weltwirtschaftskrise gesehen werden. Das stetige Wirtschaftswachstum in Verbindung mit einer sehr guten Beschäftigungsentwicklung hat zu einem kontinuierlichen Anstieg der Steuereinnahmen geführt. Größere Steuersenkungen sind in den vergangenen Jahren ausgeblieben. Dadurch hat sich die fiskalische Situation der öffentlichen Haushalte in Deutschland insgesamt und auch in Hessen deutlich entspannt. Umso unverständlicher ist die Haltung der Landesregierung, nicht mehr in öffentliche Infrastruktur, soziale Dienstleistungen und Bildung zu investieren.

Wird der Titel des Koalitionsvertrags diesbezüglich als Maßstab genommen, um die Arbeit der Landesregierung zu bewerten, dann fällt die Bilanz auch in anderen Bereichen ziemlich ernüchternd aus. So hat Schwarz-Grün zwar ein Hessisches Tariftreue- und Vergabegesetz verabschiedet, dieses Gesetz bleibt aber weit hinter den europarechtlichen Möglichkeiten für ein solches Gesetz zurück. So fehlt ein vergabespezifischer Mindestlohn, die ILO-Kernarbeitsnormen (ILO = Internationale Arbeitsorganisation) sind nicht verankert und eine eigenständige Kontrollbehörde wurde ebenfalls nicht eingeführt. Auch einer Bindung der Wirtschaftsförderung an soziale Kriterien verschließt sich die Landesregierung. Bestünde eine solche Bindung, dann würden stärker solche Unternehmen öffentlich gefördert, die tarifvertraglich vereinbarte Löhne zahlen, gute Arbeitsbedingungen gewährleisten, prekäre Arbeit wie etwa Leiharbeit, Mini-Jobs, Werkverträge und Befristungen reduzieren sowie Mitbestimmung durch Betriebsräte ermöglichen und fördern. Aus einer Befragung, die der DGB-Bezirk Hessen-Thüringen im Jahr 2016 bei den in Hessen geförderten Unternehmen durchgeführt hat, geht hervor, dass die Mehrheit der Begünstigten nicht einmal Tarifföhne zahlt und/oder einen Betriebsrat aufweist. Ökonomisch steht Hessen im Vergleich der Bundesländer zwar nicht schlecht da und verfügt unter den Flächenländern über das höchste Pro-Kopf-Sozialprodukt. Die sozialpolitische Bilanz sieht allerdings anders aus, denn auch in Hessen hat die Ungleichheit und Armut zugenommen. Für neue Herausforderungen, unter anderem für den gestiegenen Pflegebedarf einer alternden Bevölkerung, wurden bislang keine ausreichenden Konzepte gefunden. Die Wohnungsnot hat in den Ballungsräumen und Städten weiter zugenommen. Und die Mieten steigen ins Unermessliche. Große Schwierigkeiten bestehen im Bildungssystem – so fehlen auch in Hessen im Kita-Bereich Erzieherinnen und Erzieher sowie insbesondere an den Förderschulen, den Grundschulen und den Beruflichen Schulen Lehrerinnen und Lehrer. Hinzu kommen gerade im Schulbereich weitere ungelöste Probleme wie etwa der Mangel an echten Ganztagschulen, die soziale Segregation sowie die mangelhafte Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention.

Künftige Herausforderungen wie der Strukturwandel, die Digitalisierung und der Klimawandel werden bislang nur unzureichend angepackt. So fehlen auf der Landesebene zielgerichtete Maßnahmen, die dazu beitragen, die angestrebte Energie- und Verkehrswende endlich auch umzusetzen. Die Arbeitswelt wird sich in Zukunft massiv verändern. Dies darf aber nicht zu Lasten der Beschäftigten gehen. Vielmehr muss der Mensch in den Mittelpunkt gestellt werden. Unabdingbar ist eine proaktive Gestaltung des Wandels, die darauf abzielt, Beschäftigung zu sichern und die neuen Technologien für eine human gestaltete Arbeitswelt zu nutzen.



Die Autorinnen und Autoren unterziehen in dem vorliegenden Sammelband das Wirken der Landesregierung unter anderem auf den angesprochenen Politikfeldern in den vergangenen fünf Jahren einer kritischen Analyse. Auf dieser Grundlage formulieren sie wichtige Anforderungen aus Sicht der Gewerkschaften an die künftige Landespolitik.

Im Namen von Liv Dizinger und Kai Eicker-Wolf, die gemeinsam mit mir dieses Buch herausgeben, möchte ich mich bei allen Autorinnen und Autoren für ihre Beiträge und Expertise bedanken. Wie schon mit dem Vorgängerband »Hessen vorne?«, der im Vorfeld der letzten Landtagswahl 2013 von Stefan Körzell und Kai Eicker-Wolf herausgegeben worden ist, wollen wir einen Diskussionsbeitrag dazu leisten, wie das Leben und Arbeiten der Menschen in Hessen von Seiten der Politik verbessert werden kann. Hessen ist ein wirtschaftlich starkes Bundesland und doch profitieren längst nicht alle davon. Dies muss sich ändern. Maßgabe für politisches Handeln müssen die Menschen und ihre Bedürfnisse sein. Daran werden der DGB und Gewerkschaften die Landespolitik auch weiterhin messen.